



Gemeinderatssitzung vom 25.2.2021

Stellungnahme der UWG-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2021

Simmerath, den 25. Februar 2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleg*innen

Zu aller erst:

Der Haushaltentwurf 2021 ist ausgeglichen. Wegen der Pandemie und Mithilfe der speziellen Pandemie-Instrumente werden die erwarteten Haushaltsbelastungen durch Corona in die Zukunft verschoben. Dies ist angesichts des Ausmaßes der Krise richtig und sinnvoll.

Herr Poschen hat schon alle positiven Aspekte des Haushaltentwurfes 2021 ausführlich hervorgehoben. Das meiste was Herr Poschen anführte wurde und wird auch von der UWG unterstützt. Jedoch gibt es auch entscheidende Unterschiede auf die ich die noch kurz eingehen möchte.

Trotzdem schlägt die UWG-Fraktion einige Änderungen zu dem von der Verwaltung vorgestellten Haushaltentwurf vor. Alle Vorschläge sind gegenfinanziert bzw. ergeben Einsparungen gegenüber dem Entwurf für den Haushalt 2021. Die ab 2022 geplante Neuverschuldung, unter anderem wegen der Investitionen im Zusammenhang mit dem integrierten Handlungskonzept, kann nicht das letzte Wort sein. Hier müssen die Investitionen priorisiert werden. Eine zusätzliche Neuverschuldung in den kommenden Jahren muss verhindert werden. Dies spiegelt sich auch in unseren Änderungsanträgen wieder.

Wir halten unsere Änderungsanträge aus dem Haupt- und Finanzausschuss aufrecht:

- 5000 Euro finanzielle Unterstützung für die selbstbestimmte politische Betätigung Jugendlicher in Simmerath
- Halbierung der kalkulatorischen Zinsen und Gegenfinanzierung über eine Zweitwohnungssteuer



- Reduzierung der Ausgaben für das integrierte Handlungskonzept auf jeweils 30.000€ in 2021 und 2022 für eine Zukunftswerkstatt für Simmerath
- Streichung der Investitionen für Langschoß und Beauftragung eines Konzeptes für die Unterbringung der Flüchtlinge in der Gemeinde
- Verschiebung der Studie Beherbergungs- und Gastronomiesituation auf 2022

Weiterhin werden wir die Anträge auf Anschaffung neuer Spielgeräte und den Antrag den Mehrgenerationenplatz derzeit nicht zu verlegen unterstützen.

Da in dem interfraktionellen Gespräch signalisiert wurde, dass unsere Anträge bis auf den Antrag für die Unterstützung der politischen Arbeit von Jugendlichen in der Gemeinde, keine Mehrheiten finden werden, wird die UWG-Fraktion diesen Haushalt, insbesondere wegen den geplanten Ausgaben für Langschoß, dem Integrierten Handlungskonzept und den nach wie vor viel zu hohen kalkulatorischen Zinsen ablehnen. Man könnte noch vieles Anmerken, aber wg. Corona wollen wir es in diesem Jahr dabei belassen.

Auch an dieser Stelle ein Dank an die Verwaltung für die geleistete Arbeit und an Herrn Laschet und Herrn Hoch für die Unterstützung der Fraktion während der Haushaltsberatungen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Nachfolgend die Zusammenfassung der Anträge der UWG-Fraktion zum Haushalt 2021

Jugendbeirat/Jugendparlament

Die UWG schlägt vor, wie auch im letzten Jahr schon beantragt, 5.000 Euro für die politische Organisation von Jugendlichen in Simmerath in den Haushalt aufzunehmen. Wir möchten, dass auch die Jugend in Simmerath sich eine Plattform schaffen kann für deren selbstbestimmte politische Betätigung. Hierfür sollen den Jugendlichen auch die nötigen Finanzmittel von der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden. Die politische Tätigkeit der Jugendlichen darf nicht von einer eventuellen Einladung und dem Gutdünken des Herrn Bürgermeisters abhängig sein.

Kalkulatorische Zinsen

Die UWG beantragt die kalkulatorischen Zinsen bei den Nutzungsgebühren für Niederschlagswasserentsorgung und die Abwasserentsorgung sowie für die Friedhöfe zu halbieren. Diese 4% bzw. 5% Zinsen haben nichts mit Kosten für die



vorgenannten Gemeindeaufgaben zu tun, sondern haben die Wirkung einer zusätzlichen Steuer auf die Gebühren.

Den Ausgleich der entfallenden Zinseinnahmen kann über eine neu einzuführende Zweitwohnungssteuer erfolgen, wie sie zum Beispiel in Köln oder Monschau erhoben wird. Einsparungen für den Gebührenzahler von ca. 210.000 Euro.

Der Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen unterstützt einen Musterprozess beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen für faire Abwassergebühren. Der Prozess soll klären, in welcher Höhe ein kalkulatorischer Zinssatz auf das Eigenkapital angewendet werden darf und ob Abschreibungen nach Wiederbeschaffungszeitwerten weiterhin zulässig sind. Wir erwarten, dass dieser Prozess die derzeitige Kalkulationspraxis beenden wird.

(<https://www.steuerzahler.de/nrw/abwasser/>)

Integriertes Handlungskonzept

Die UWG beantragt ferner, die Mittel für das integrierte Handlungskonzept zu kürzen, da nach unserer Auffassung vor deren Realisierung eine ausführliche Bürgerbeteiligung erfolgen muss. Hierzu sollte man eine Zukunftswerkstatt nach dem Abflauen der Pandemie einrichten und diese sollte das Thema nochmal neu aufarbeiten.

Das Sammelsurium von Maßnahmen hat die UWG bisher nicht überzeugt und scheinbar die Bezirksregierung auch nicht. Da zudem niemand weiß wie sich die derzeitige Pandemie auf den Handel- und das Gewerbe auswirken wird, schlagen wir vor, diese Mittel in 2021 und 2022 auf jeweils 30.000 Euro für die Zukunftswerkstatt zu senken. Die im Haushalt vorausgesagte Neuverschuldung ab 2022 ist sicherlich nicht mit einer Verlegung des Bushofes zu rechtfertigen. Die freiwerdenden Mittel sollten zur Reduzierung der Neuverschuldung in den kommenden Jahren eingesetzt werden, bzw. die jetzige geplante Neuverschuldung ab 2022 zu reduzieren.

Langschoss

Wie in den Jahren zuvor beantragen wir, dass die Gemeinde keine weiteren Investitionen in Langschoss vornimmt. Die Unterbringung in Langschosß ist die teuerste und schlechteste Art der Unterbringung.

Wir möchten die Investitionsmittel streichen und 20.000 Euro für ein Konzept für die Unterbringung der Flüchtlinge in der Gemeinde in den Haushalt einstellen.

Studie Tourismus

Die Mittel für die Machbarkeitsstudie zur Beherbergungs- und Gastronomiesituation im Gemeindegebiet würden wir derzeit nicht in den Haushalt einstellen. In diesem speziellen Corona-Jahr 2021 ist die Durchführung einer solchen Studie wenig sinnvoll, da keiner weiß, welche Auswirkungen die Pandemie auf den Tourismus in den kommenden Jahren haben wird. Die eingesparten Mittel wollen wir für den Jugendbeirat und das Konzept für die dezentrale Alternative zu Langschosß einsetzen.



Unterstützung weiterer Anträge durch die UWG-Fraktion

Anschaffung neuer Spielgeräte

Die UWG-Fraktion unterstützt den Antrag der Mittelaufstockung zur Anschaffung neuer Spielgeräte und Aufstockung der Mittel für die Folgejahre ab 2022 jeweils um 10.000 Euro auf insgesamt jeweils 20.000 Euro und die Reduzierung der Mittel für die Verlegung von Leerrohren für die Breitbandversorgung aufgrund geringer Inanspruchnahme in Vorjahren.

Verlegung des Mehrgenerationenplatzes in Simmerath

Die UWG-Fraktion unterstützt auch den Antrag der Mittelstreichung für die Schaffung von Parkraum in der Fuggerstraße durch die Verlegung des Mehrgenerationenplatzes, bis Klarheit darüber besteht, wie dieser Bereich im Rahmen des INHK für Simmerath überplant wird.